

11 Creative Commons: Mehr Innovation durch die Öffnung des Urheberrechts?

Ellen Euler

Innovationsprozesse werden durch vielfältige Faktoren bestimmt. Es gibt einen eigenen Forschungszweig, der sich mit diesen Einflussgrößen beschäftigt und der zurückgeht auf die Zeit des Kalten Kriegs, auf den Wettlauf zwischen den USA und der Sowjetunion um die militärische Vorherrschaft. Nach dem so genannten Sputnik-Schock, der durch die erste erfolgreiche Erprobung eines Weltraumsatelliten durch die Sowjetunion in den USA ausgelöst wurde, setzte an den amerikanischen Hochschulen eine intensive Erforschung der Voraussetzungen und Bedingungen geistiger Schöpfungen ein, denn offensichtlich waren die Amerikaner im Wettlauf um technische Neuerungen in die Hinterhand geraten und hatten bei der Schaffung von günstigen Bedingungen für Forschungsaktivität etwas übersehen. Ähnliches haben wir in Deutschland mit der PISA-Studie erlebt, was zur Frage über die Voraussetzungen und Bedingungen der Informationsgesellschaft im Bereich der Pädagogik geführt hat. Die methodischen Zugangsweisen um Innovation zu erklären, sind vielfältig und davon abhängig, ob eher ein persönlichkeitsorientierter, prozessorientierter, produktorientierter oder systemorientierter und relationaler Ansatz verfolgt wird. Bestimmend für Innovationsprozesse sind nicht nur die autonome, technische, wirtschaftliche und mediale Entwicklung. Entscheidend ist vielmehr die schwierige Frage, welche Faktoren der vier regulierenden Instanzen »Gesetze«, »soziale Normen«, »Markt« und »Architektur« (Lessig 1999, 157 ff.) reguliert werden müssen und welche weitgehend unreguliert und offen bleiben sollten, um Kreativität und Innovation zu fördern und Freiheit zu sichern.

Als Juristin will ich mich hier auf die Betrachtung des Rechts, genauer des Urheberrechts beschränken. Einleitend scheint mir in der Diskussion zudem wichtig, kurz auf die undifferenzierte Verwendung vieler Begrifflichkeiten aufmerksam zu machen, die einer Konsensfindung nicht gerade förderlich ist. Wissen und Information sind nicht synonym, Creative Commons betrifft im Kern weder Wissen noch Information und Copyright ist nicht Urheberrecht.

Im Folgenden soll der vorgegebene Begriff »Open Copyright« verstanden werden als Ansatz, ein offeneres Urheberrecht zu finden.

Was ist das überhaupt: »Urheberrecht«? Welche Rolle spielt es in der Debatte um »Innovation und Wissensfreiheit in der Wissensgesellschaft« als regulierende Instanz? Wie regulierend oder offen sollte es ausgestaltet sein, um Innovation zu fördern?

Kurze Einführung ins Urheberrecht

Urheberrecht ist das Recht zum Schutz der Schöpfer von Werken der Literatur, Wissenschaft und Kunst (vgl. § 1 Urheberrechtsgesetz). Der Urheber wird geschützt durch die Zuerkennung von Urheberpersönlichkeitsrechten und Ausschließlichkeitsrechten am Werk, so genannten Verwertungs- beziehungsweise Nutzungsrechten. Danach kann der Urheber als Rechteinhaber jeden Dritten für die zeitlich begrenzte Dauer des Urheberschutzes von der Nutzung seiner Werke ausschließen. Er kann die Nutzung aber auch gestatten, kostenlos oder gegen Lizenzgebühren. Zu den geschützten Werken gehören neben den traditionellen Gattungen von Literatur, Musik, Lichtbildern und Film inzwischen auch Computerprogramme und Datenbanken. Einen abschließenden Katalog von schutzfähigen Werken gibt es nicht, ob ein Werk Urheberrechtsschutz genießt oder nicht, ist eine Frage des Einzelfalls. Entscheidend für die Schutzfähigkeit ist, dass es sich bei dem Werk um eine »*persönlich geistige Schöpfung*« handelt. Das Werk muss sich hinreichend von vorbekannten Formen abheben und eine gewisse Originalität aufweisen (»Schöpfungshöhe«). Werke sind Ausprägungen des menschlichen Geistes. Das Urheberrecht ist damit Teil des Rechts des geistigen Eigentums, des Immaterialgüterrecht.

Urheberrecht als Teil des Immaterialgüterrechts

Besonderes Merkmal der Immaterialgüter ist, dass sie *nicht-rivalisierend* und *nicht-exklusiv* genutzt werden können. Während ein Stück Ackerboden nur von einer begrenzten Anzahl Menschen zur Bedürfnisbefriedigung genutzt werden kann, ist ein immaterielles Gut, wie ein Werk der Literatur, Wissenschaft oder Kunst im Sinne des § 2 Urheberrechtsgesetz (UrhG), dadurch gekennzeichnet, dass es von einer Person genutzt werden kann, ohne dass dadurch der Nutzwert für andere Personen verhindert oder beeinträchtigt wird. Das immaterielle Gut kann auch durch intensivste Nutzung nicht aufgezehrt werden (Non-Rivalität). Zugleich können Dritte überhaupt nicht oder nur mit unverhältnismäßigen Kosten von der Nutzung ausgeschlossen werden (Non-Exklusivität).

Anders ist es bei körperlichen Gütern, bei denen es ohne Zuweisung von Handlungsrechten am Gut zu einer Übernutzung kommen kann, wodurch das Gut schneller verbraucht und eine effiziente Ressourcennutzung unmöglich wird. Die Zuerkennung von Eigentumsrechten verhindert diese so genannte »*Tragödie der Allmende*« und führt zu effizienter Ressourcennutzung, um Knappheit zu mildern. Diese Probleme stellen sich bei Immaterialgütern nicht. Immaterialgüter sind wie gezeigt unbegrenzt nutzbar. Sie sind ein *öffentliches Gut* und es gilt der Grundsatz der Freiheit öffentlicher Güter.

Die Freiheit öffentlicher Güter bringt jedoch ebenfalls Probleme mit sich, zum Beispiel das *Trittbrettfahrerproblem*.¹ Die optimale Bereitstellung eines Allgemeinguts hängt vom Beitrag aller Nutznießer ab. Insofern wäre es für jede Person von Vorteil, wenn sie einen Beitrag leistete. Jedoch stellt sich jede Person individuell am besten, wenn außer ihr selbst alle anderen zur Produktion des Kollektivguts beitragen.

Ziel des Immaterialgüterrechts ist es, dieses Kooperationsproblem zu lösen und die Knappheit existierender Immaterialgüter zu mildern, also möglichst alle Beteiligten zur Schaffung neuer Immaterialgüter (öffentlicher Güter) zu bewegen. Dem Immaterialgüterrecht geht es wie dem Sacheigentum um die Behebung von Knappheit. Allerdings nicht um die Behebung von Knappheit in Bezug auf das Gut, sondern im Hinblick auf die begrenzte Anzahl bestehender Werke. Ziel ist die Verminderung dieser Knappheit durch den Zuwachs an immateriellen Gütern mittels vermehrter geistig-persönliche Schöpfungen. Das Immaterialgüterrecht soll als Anreizsystem für Innovationen fungieren (vgl. Peukert 2004, 11 ff.). Solange es dieser Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit gerecht wird, ist es als *Ausnahme vom Grundsatz der Freiheit öffentlicher Güter* gerechtfertigt.

Rechtfertigung für die Existenz des Urheberrechts

Das Urheberrecht schützt das *Interesse der Allgemeinheit* an neuen Ideen und einem reichen Kulturleben. Allerdings muss das Recht so ausgestaltet werden, dass es der Gesellschaft wirklich zugute kommt. Hierfür muss es wiederum gewissen Beschränkungen unterliegen. Als sozial eingebundenes Recht enden die Befugnisse der Berechtigten dort, wo Interessen Dritter ins Spiel kommen – die vom Gesetz geregelten »Schränken«. Beispielsweise ist zur Tagesberichterstattung die Übernahme einzelner Artikel erlaubt, Zitate sind möglich, und für das Abspielen von Platten auf der Geburtstagsparty muss auch keine Erlaubnis eingeholt werden. Die Interessen der Allgemeinheit sind somit

1) Zu weiteren Problemen öffentlicher Güter am Beispiel von Creative Commons als öffentliches Gut vgl. Euler »Creative Commons – iCommons und die Allmendeproblematiken«, in: Bourcier (Hrsg.), *International Commons at the Digital Age*, Paris 2004, abrufbar unter: <http://fr.creativecommons.org/iCommonsAtTheDigitalAge.pdf>

sowohl Schutzgrund als auch Einschränkungsgrund des Urheberrechts. Weitere Interessen, die das Urheberrecht schützt, sind *die Interessen des Urhebers*. Ihm sollen die Früchte seiner Arbeit gesichert werden. Im Sinne der Aufklärung dient das Urheberrecht dem Urheber, indem es ihm eine materielle und geistige Unabhängigkeit sichert (zuvor war der Urheber auf die Großzügigkeit eines Mäzens angewiesen). Sodann schützt das Urheberrecht auch die *Interessen des Verwerter*, der – um das Werk zu verbreiten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen – teils enorme wirtschaftliche Investitionen tätigt, die sich amortisieren müssen.

Das Urheberrecht hat die schwierige Aufgabe, einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Akteure (Urheber, Verwerter, Nutzer) des kreativen Prozesses herzustellen.

Dilemma des Urheberrechts

Teilweise entsprechen sich die Interessen von Urheber, Verwerter und Nutzer, zum Großteil widersprechen sie sich aber. Die Allgemeinheit hat zum Beispiel ein großes Interesse an möglichst ungehindertem und kostenfreiem Zugang zu Werken, welches im Interesse der Verwertung und Amortisation wiederum beschränkt werden muss.

Ökonomische Analysen erhellen die positiven Wirkungen des Schutzes von Werken zur Beseitigung der Knappheit an künftigen Immaterialgütern (vgl. Peukert 2004, 11 f.). Aus dem Umstand, dass es sich bei immateriellen Gütern um nicht-exklusive Güter handelt, folgt ein Marktversagen in Gestalt der Trittbrettfahrerproblematik. Es profitiert am meisten, wer Werke kostenlos nutzt, ohne die Herstellungskosten tragen zu müssen. Ohne die Aussicht, dass sich die Kosten für die Herstellung eines Werks amortisieren, würden neue immaterielle Güter nicht oder jedenfalls in zu geringer Zahl geschaffen. Diese Problematik wird klassisch durch die Zuerkennung von Immaterialgüterrechten (Verwertungs-Nutzungsrechten) weitgehend gelöst.

Auf der anderen Seite sind mit der Verleihung von Rechten auch ökonomische Nachteile verbunden. Die Urheber haben ein großes Interesse an möglichst ungehindertem und kostenfreiem Zugang zu Werken, um neue Werke zu schaffen (was wiederum im Interesse der Allgemeinheit liegt), denn alle wissenschaftlichen und künstlerischen Werke bauen auf zuvor erlangten Informationen auf. Urheberrechtsschutz führt zu höheren Kosten für künftige Kreationen. Nicht nur, dass die Nutzung bereits vorhandener Werke im Interesse der Verwerter und Urheber kostet, auch die Kontaktaufnahme zum Urheber oder Verwerter kostet. Urheberrechtsschutz macht Transaktionen vom Rechteinhaber zum Nutzer erforderlich. Transaktionen aber erzeugen Kosten. Die Situation, dass wegen der aufwändigen und kostenintensiven Transaktionen Nutzungen

unterbleiben, wird mit dem Terminus der so genannten »*Tragedy of the Anti-commons*« umschrieben (Heller 1998, 624). Zusammengefasst beschreibt diese Theorie das Problem, dass nicht-knappe Ressourcen durch den Urheberrechtsschutz suboptimal genutzt und fortentwickelt werden. Je höher die Kosten eines neuen Werkes sind, desto seltener werden derartige Investitionen getätigt und damit Werke geschaffen. Die positiven Auswirkungen des Urheberrechts (Anreizsystem, Ausschluss von Trittbrettfahrern, Investitionsschutz etc.) haben also zugleich negative Auswirkungen. Das Dilemma des Urheberrechtsschutzes lässt sich folgendermaßen zusammenfassen (Peukert 2004, 11):

»In dem Maße, wie die Schaffung künftiger Werke gefördert wird, wird die Verbreitung bestehender und mittelbar auch die Erzeugung neuer Geistesprodukte gehemmt.«

Urheberrecht im digitalen Zeitalter

Dies gilt insbesondere im digitalen Zeitalter. Digitalisierung und Vernetzung sind mit weitreichenden Folgen für das Urheberrecht verbunden. Werke im digitalen Format können zu vernachlässigswerten Kosten und ohne jeglichen Qualitätsverlust vervielfältigt werden. Angesichts der globalen Vernetzung genügt ein einziger auf einem Server gespeicherter Datensatz zur Befriedigung der weltweiten Nachfrage. Das ist im Interesse der Nutzer. Im Interesse der Verwerter ist es nicht. Das sehen wir an den Prozessen, die gegen »Raubkopierer« geführt werden. Glauben wir der Verwertungsindustrie, geht es hier um »Verluste« in Milliardenhöhe.

Dem Kontrollverlust im digitalen Umfeld wollen die Rechteinhaber mit einer Stärkung des Urheberrechts begegnen. Dieser Schutz geht mittlerweile so weit, dass technische Schutzmaßnahmen, so genannte Systeme fürs Digital Rights Management (DRM), vor der Umgehung rechtlich geschützt sind. Mit weitreichenden Konsequenzen: Mittels technischer Schutzmaßnahmen können Rechteinhaber sogar den *privaten Werkgenuss kontrollieren* – ein Bereich, der vom Urheberrecht zuvor nicht erfasst war. Im analogen Umfeld kann derjenige, der ein Buch erwirbt, dieses wann er will und so oft er will lesen und an wen er will verleihen. Im digitalen Umfeld ist das anders. Mittels DRM kann technisch kontrolliert werden, an welchen Tagen der Woche das »E-Book« gelesen werden kann, wie oft es insgesamt gelesen werden kann und ob es weitergegeben werden darf. Der Phantasie sind hier nur technische Grenzen gesetzt. Die Kontrolle des privaten Werkgenusses wird durch den weit gefassten Rechtsschutz technischer Maßnahmen rechtlich abgesichert.

Doch die weitgehende Unterbindung bisher urheberrechtsfreier Nutzungen läuft der Erkenntnis zuwider, dass der Rechtsschutz nicht-rivalisierender Güter begrenzt sein sollte.

Wenn der Nutzer nicht mehr ein Werkstück erhält, das er so oft und zu welchem Zeitpunkt auch immer lesen, sehen, hören kann, verändert das grundlegend die Art und Weise, in der geistige Inhalte genutzt werden. Zeitlich beschränkte Zugriffsmöglichkeiten auf vorbestehende Werke beispielsweise (*pay per use*) werden den langsamen, schrittweisen Abläufen des kreativen Prozesses nicht gerecht. Weitergehend ist zu befürchten, dass die Ausdehnung des Urheberrechtsschutzes sich auch darauf auswirkt, was produziert wird und wer produziert. Im digitalen Umfeld ist das *halboffene System*, welches im analogen Umfeld regiert (der Werkgenuss ist frei, der Konsument zahlt aber mittelbar über die vorgelagerten Verwertungsrechte eine Entschädigung, die dem Urheber zufließen soll), nicht mehr gültig. Statt dessen regiert ein System, das auf *extensivem Schutz* und Preisdiskriminierung basiert. Das *Interessengleichgewicht* ist gestört.

Die Entwicklung des Urheberrechts entspricht in vielen Bereichen nicht mehr dem urheberzentrierten Denken der Theorie. In der Praxis sind es ganz überwiegend die Verwerter, welche die tatsächliche Nutzung des Werkes kontrollieren, während der Urheber nur noch mittelbar über die angemessene Vergütung beteiligt ist. Die Interessen der Allgemeinheit der Nutzer geraten ganz in den Hintergrund. Während die Rechteinhaber über extensive Verwertungsrechte verfügen, sind die Schranken im Interesse der Nutzer und Allgemeinheit nicht an das digitale Zeitalter angepasst worden.

Der Begriff »Rechteinhaber« aber umfasst kommerzielle Verwerter genau so wie die eigentlich Kreativen, die Urheber. Nicht alle aus dieser amorphen Gruppe der »Rechteinhaber« sind jedoch an einem möglichst uneingeschränkten Schutz der Werke interessiert. Eine Vielzahl von Urhebern möchte ihre Werke unentgeltlich der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, ob aus altruistischen Gründen oder dem Bedürfnis heraus, den eigenen Bekanntheitsgrad zu steigern. Diese Urheber tragen zur Schaffung eines großen Pools gemeinfreier Werke als öffentliches Gut bei, ohne dafür auf ihrer Vergütung zu bestehen.² Das monetäre Anreizsystem des Urheberrechts war nicht der Auslöser für die kreative Leistung und wird eher als Hindernis für die freie Verbreitung aufgefasst.

Creative Commons

Genau hier setzt Creative Commons an. Es gibt Studien, die belegen, dass sich tatsächlich nur etwa vier Prozent aller kreativen Werke im kommerziellen Umlauf befinden (vgl. etwa: http://www.indicare.org/tiki-read_article.php?articleId=118&comzone=show#comments) Die restlichen 96 Prozent bedürf-

2) Zumindest nicht zwangsweise über die Verwertungsgesellschaften. Vielfach werden Materialien aber unter Spendenaufruf frei zur Verfügung gestellt. Der erste deutsche Creative-Commons-lizenzierte Film »Route 66« hat sich so refinanziert (www.route66-der-film.de).

ten des umfassenden Urheberrechtsschutzes also gar nicht und könnten für die Allgemeinheit eigentlich »frei« sein. Bevor ich erläutere, wie Creative Commons funktioniert, kurz ein paar Worte über die Historie dieser neuen Form des Urheberrechts.

Geschichte von Creative Commons

Anstoß für das Projekt Creative Commons war die oben beschriebene internationale Entwicklung des Urheberrechts im digitalen Umfeld und die Regulierung des Internets. Die Offenheit und die Potenziale des Internets bedeuten für die Rechteinhaber einen enormen Kontrollverlust, dem international mit der Ausdehnung des Urheberrechtsschutzes, bis hin zur Installierung technischer Schutzmaßnahmen und damit zur im digitalen Umfeld möglichen Kontrolle des privaten Werkgenusses, begegnet wurde. Die Potenziale des Internets (Zugang von jedem Rechner weltweit, sofortiger weltweiter Austausch, Weitergabe ohne Qualitätsverlust, unbegrenztes Angebot) werden durch diese Ausrichtung beschränkt. Das *Innovationspotenzial*, welches das Internet birgt, wird zugunsten eines reinen entgeltpflichtigen Konsums behindert. Zunächst hat man versucht, den Gesetzgeber zum Umdenken zu bewegen.³ Zur Herstellung des Ausgleichs zwischen den beiden sich widerstreitenden Zielen, die Nachteile der Nicht-Exklusivität zu beheben und die Vorteile der Nicht-Rivalität von Werken anzuerkennen, stünden dem Gesetzgeber eine ganze Reihe von Institutionen zur Verfügung. Möglich wäre zum Beispiel, die Schutzdauer zu verkürzen, die Abgrenzung von zustimmungspflichtiger Bearbeitung und freier Benutzung oder von Inhalt und Form anders vorzunehmen. Vorstellbar wäre auch, den Rechtsschutz technischer Maßnahmen zu begrenzen oder die Schranken des Urheberrechts auszuweiten. Die Gesetzgeber weltweit sind aber weit davon entfernt, den *Urheberschutz als Nutzerschutz* zu verstehen. Die momentane Ausrichtung entspricht einem Schutz der Verwerter auf Kosten von Urheber und Nutzer.⁴ Als Reaktion auf die Erkenntnis, dass sich auf gesetzgeberischer Seite nichts bewegen ließ, gründeten engagierte Verfechter der Idee des freien Internets 2002 in den USA an der Stanford University die gemeinnützige Organisation »Creative Commons«,⁵ die vom *Center for the Public Domain*, der *Mac Arthur Foundation* und der *Hewlett Foundation* unterstützt wird. Erklärtes Ziel von Creative Commons ist es,

3) Lawrence Lessig strengte 2002 in den USA eine Verfassungsklage an, um die geplante weitere Ausdehnung der Schutzdauer des Urheberrechts auf 95 Jahre zu unterbinden. Im Fall *Eldred v. Ashcroft* kämpfte er für seine Überzeugung, dass Innovationsförderung im Informationszeitalter der wichtigste Maßstab für die Urheberrechtssetzung sein muss und ein immer restriktiver werdendes Urheberrecht Innovationen und Informationsfluss hemmt, besonders im Internet – dem Medium, das wie kein anderes Medium allen Menschen gleichermaßen die Möglichkeit gibt, Informationen zu verbreiten, zu nutzen und darauf aufzubauen.

Urheber in die Lage zu versetzen, ihre Werke möglichst einfach einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dazu stellt die Organisation auf ihrer Webseite ein *modulares Lizenzsystem* zur Verfügung, mit dem Urheber unentgeltlich jedermann in unterschiedlichen Abstufungen einfache Nutzungsrechte an ihren Werken einräumen können. Creative Commons hat in den USA beachtlichen Zuspruch erfahren. Die auf das US-Recht zugeschnittenen Lizenzen wären an sich auch in Deutschland verwendbar, jedoch kämen sie bei grenzüberschreitenden Sachverhalten nur vorbehaltlich zwingender Vorschriften des nationalen Rechts zur Anwendung. Um Geltungsproblemen im Vorfeld zu begegnen, hat sich Creative Commons daher für die Übertragung und Anpassung der US-Lizenzbedingungen an andere Rechtsvorbedingungen entschieden. Mittlerweile ist die Lizenz an dreißig verschiedene Rechtsordnungen angepasst worden. Das Projekt *iCommons* arbeitet an einer weltweiten Adaption (<http://creativecommons.org/worldwide/>). In Deutschland ist die Lizenz seit Juli 2004 an die Besonderheiten der deutschen Rechtsordnung angepasst und in deutscher Sprache verfügbar.

Funktionsweise von Creative Commons

Dass der Urheber jedermann (der Allgemeinheit) unentgeltlich ein einfaches Nutzungsrecht an seinem Werk einräumen kann, ist in Deutschland nach § 32 Abs. 3 S. 3 UrhG (so genannte Linux-Klausel) möglich. Mit dieser Feststellung wird zugleich deutlich, dass Creative Commons auf dem geltenden Urheberrecht fußt. Creative Commons braucht das Urheberrecht. Es ist ein weit verbreitetes Missverständnis, dass Creative Commons das Urheberrecht außer Kraft setzt oder setzen will. Auf ihrer Webseite bietet die Organisation verschiedene Lizenzverträge an, zwischen denen der Urheber wählen kann, um im digitalen Zeitalter der Allgemeinheit Nutzungsrechte an seinen urheberrechtlich geschützten Werken auch ohne kommerzielle Gegenleistung einzuräumen. Durch die Einräumung des kostenlosen, zeitlich unbegrenzten Nutzungsangebots soll mit den Mitteln des urheberrechtlichen Ausschließlichkeitsrechts ein *allgemein zugänglicher Fundus schöpferischer Werke* aufgebaut werden. Indem der Urheberrechtsschutz an den Werken bestehen bleibt, werden die Nachteile

-
- 4) In Deutschland haben die bisherigen Bemühungen des Gesetzgebers bei Umsetzung der RL 2001/29/EG (1. Korb) vornehmlich die Belange der Rechteverwerter im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Informationsgesellschaft berücksichtigt. Im Vordergrund standen bislang die Risiken und nicht die mit den neuen technischen Möglichkeiten verbundenen Chancen. Dies gilt insbesondere für den Bereich von Bildung, Wissenschaft und Forschung. Diese sollen im 2. Korb im Urheberrecht entsprechend berücksichtigt werden. Vgl. Hoeren »Der zweite Korb der Urheberrechtsreform«, in: ZUM 2004, S. 885 ff.
 - 5) Der Hohepriester der Organisation ist Lawrence Lessig (www.lessig.org). Weitere Gründer der »Non Profit Corporation« waren James Boyle, Michael Carroll, Hal Abelson, Eric Saltzman und Eric Eldred.

der Nicht-Exklusivität behoben, zugleich werden durch die Einräumung unentgeltlicher einfacher Nutzungsrechte an die Allgemeinheit die Vorteile der Nicht-Rivalität anerkannt. Ein weiterer Vorteil der über Creative Commons lizenzierten Werke für die Nutzer liegt darin begründet, dass die Transaktionskosten entfallen, weil die Intermediäre (Verwertungsgesellschaften) wegfallen und der Urheber selbst in der Lizenz bereits zum Ausdruck gebracht hat, inwieweit sein Werk genutzt werden darf. Damit wird der oben geschilderten Problematik der »Tragedy of the Anticommons« begegnet. Ursprünglich waren die Lizenzen nur für »kreative« Werke gedacht, das heißt für Audio-, Video- oder Tonkonstellationen, doch auch Texte lassen sich problemlos lizenzieren. Der Grundgedanke von Creative Commons hat im Bereich des wissenschaftlichen elektronischen Publizierens ein neues Anwendungsfeld gefunden. Die besonderen Anforderungen wissenschaftlicher Publikationen werden im Projekt Science Commons untersucht (www.sciencecommons.org), das den »Open Access«-Gedanken auf wissenschaftliche Publikationen überträgt und praktisch ermöglicht.

Creative Commons = Open Copyright = Open Innovation?!

Ermöglicht Creative Commons die Öffnung des Urheberrechts und führt dies wiederum zu einem Mehr an Innovation?

Open Copyright?

Creative Commons baut – wie gezeigt – auf dem Urheberrecht auf, das es innovativ für seine Zwecke nutzt. Das Urheberrecht wird dadurch jedoch nicht offener. Es bleibt dabei, dass im analogen Umfeld der private Werkgenuss frei ist und das System damit halb offen ist, im digitalen Umfeld kann durch den gesetzlich vorgesehenen Schutz von technischen Schutzmaßnahmen sogar der private Werkgenuss detailliert kontrolliert werden. Im digitalen Umfeld ist es dem Urheber jedoch möglich, seine Werke selbst zu verbreiten und ohne Verwerter dem Nutzer zugänglich zu machen. Er kann dann das System offen halten, indem er keine technischen Schutzmaßnahmen vorsieht und weitgehende einfache Nutzungsrechte an seinem Werk einräumt, was durch die modularen Lizenzverträge von Creative Commons ein Leichtes ist. Indem Creative Commons den Urheber in die Lage versetzt, selbst zu bestimmen, wie offen das System ist, wird mehr Offenheit geschaffen. Damit das System aber insgesamt offener wird, müssten alle im Internet verkehrenden Rechteinhaber (Urheber und Verwerter) von der Anwendung der Lizenzen überzeugt werden – eine nicht zu bewältigende Aufgabe. Das auf Freiwilligkeit und Eigeninitiative der Urheber aufbauende System von Creative Commons ist nur so wirksam wie die Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit der Urheber. Seine Wir-

kung kann nicht der eines zwingenden allgemeingültigen Gesetzes gleichkommen und die Schaffung von Offenheit durch urhebervertragsrechtliche Lösungen ist im Ergebnis leider nur die zweitbeste Lösung. Es handelt sich lediglich um ein neues »Geschäfts-« oder »Verbreitungs-«Modell urheberrechtlich geschützter Werke, das in der Praxis meist nur bei Werken Anwendung findet, mit denen kein Geld erwirtschaftet werden soll. Die große Resonanz und Aufmerksamkeit, die Creative Commons im In- und Ausland erfahren hat, lässt aber hoffen, dass die Idee beim Gesetzgeber den längst überfälligen Umdenkungsprozess einläutet.

Bis dahin stellen uns Creative Commons und Science Commons vor neue ungelöste Probleme – nicht nur, was die Wirksamkeit einzelner Lizenzbestimmungen betrifft, sondern auch in der praktischen Anwendung.⁶ Beide Konzepte funktionieren oft nur dort gut, wo kein Geld eingenommen werden muss, und nur insoweit, wie die Urheber mitziehen und deren Aufklärung und Überzeugung gelingt.

Open Innovation?

Die Entwicklung stockt momentan. Der Anreiz eigene Werke zu lizenzieren, besteht in einer Übereinstimmung mit den Idealen von Creative Commons und der Erkenntnis, dass unter derlei Lizenzen zugänglich gemachte Werke von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Dieses Anreizsystem knüpft aber an den Akt der Lizenzierung an und nicht an den Akt der Schaffung neuer Werke. Die Kreation setzt ungebremste Innovationskraft voraus, da mit unter Creative Commons lizenzierten Werken praktisch kein Geld verdient wird – auch wenn die Lizenzierung die kommerzielle Verwertung nicht ausschließt. Dass dies auch sonst nur auf wenige Prozent von Werken zutrifft, schafft die allgemein bestehende Problematik eines geeigneten Anreizsystems nicht aus der Welt. Bedarf es aber dieses monetären Anreizsystems überhaupt? Geht es nicht vielmehr einzig um die anschließende Nutzung, den *Zugang*, der weitgehend frei, sprich ungehindert möglich sein sollte, um die motivationssenkende Hürde der mit der Schaffung neuer Werke verbundenen hohen Produktionskosten zu nehmen? Im Bereich wissenschaftlicher Aufsätze beobachten wir eine Informationsflut, obwohl damit kaum Geld verdient wird. Das Interesse an Renommee scheint als Anreizsystem auszureichen, sodass es sich die Verlage auch leisten können, für die Publikationen nichts zu

6) In jüngster Zeit hat Creative Commons sich vermehrt mit kritischen Stimmen auseinander zu setzen, siehe z.B.: Tòth, »Creative Humbug«, in: Indicare http://www.indicare.org/tiki-read_article.php?articleId=118, Berry/Moss, »On the Creative Commons, a critique of the commons without commonalty«, in: Free Software Magazine, http://www.freesoftwaremagazine.com/free_issues/issue_05/commons_without_commonality/

bezahlen. Creative Commons arbeitet als neues »Verbreitungs-« oder »Geschäfts-«Modell mit der Erkenntnis, dass Innovation nicht von einem monetären Anreizsystem abhängt, sondern es viel wichtiger ist, den Zugriff auf bereits vorbestehende Werke so weit wie möglich zu vereinfachen und von Kosten freizuhalten, denn neue Werke bauen notwendig auf Vorbestehendem auf.

»Open Innovation« heißt im Sinne von Creative Commons »Open Access«.

Nicht vergessen werden darf bei alledem, dass mit der Schaffung eines großen Pools an kreativen und wissenschaftlichen Beiträgen, die im Sinne von *Open Access* frei zugänglich sein sollen, der Schaffung eines *öffentlichen Gutes* also, auch die Schaffung eines *öffentlichen Übels* verbunden sein könnte. Diese These lässt sich an vielen Beispielen verifizieren.⁷

Resümee

Creative Commons hat die Gesellschaft wachgerüttelt und dazu beigetragen, weltweit durch das Projekt *iCommons* eine breitere Öffentlichkeit für die Themen »Geistiges Eigentum« und »Open Access« zu interessieren. Die Einsicht, dass ein übertrieben starker Urberschutz die Möglichkeit, Informationen über das Internet zu verbreiten, für alle Nutzer immens einschränkt, ist zum Politikum geworden. Allerdings stellt uns Creative Commons vor neue ungelöste Probleme und führt nicht zu einer Änderung der bislang für gültig befundenen Grundannahmen, auf denen das bisherige Denkgebäude aufbaut. Im politischen Diskurs um den »richtigen« Interessenausgleich im Urheberrecht haben sich die Fronten verhärtet. Es werden vorrangig die eigenen Interessen betont, Interessen anderer am Konflikt Beteiligten und erst recht diejenigen der Allgemeinheit geraten zunehmend aus dem Blick. »Skip the Intermediary« lautet eine der Aussagen von Creative Commons. Aber haben Verwerter nicht auch berechnete Interessen? Creative Commons führt zurück zu den Wurzeln eines dem individuellen Urheber dienenden Urheberrechts und kämpft gegen wirtschaftliche (Verwerter-)Interessen. Dabei wird oft vergessen, dass im Internet nicht nur Informationen gehandelt werden, die zudem nicht per se vom Urheberrecht erfasst sind, sondern nur dann, wenn sie Ausdruck in einer schutzfähigen Form gefunden haben. Vielfach handelt es sich um konsumorientierte Kulturgüter, deren Produktionskosten sich amortisieren müssen. In

7) Euler: »Open Access – Kollektives Gut oder Kollektives Übel?«, Vortrag gehalten auf einem Workshop zu Open Access, Folien abrufbar unter:
http://www.univerlag.uni-goettingen.de/univerlag-Dateien/veranstaltungen/Open_Ellen.html

der Debatte um *Open Access* zu wissenschaftlichen elektronischen Publikationen nehmen die Verlage beispielsweise die kostenintensive Aufarbeitung, Strukturierung und Selektion der Information, deren Vertrieb, Langzeitarchivierung und Organisation vor, sorgen für den Zugang und die Auffindbarkeit der Werke. Der Mehrwert, den Verlage der »Rohinformation« zufügen, verursacht natürlich Kosten, und es ist fraglich, ob Wissenschaftler oder wissenschaftliche Institutionen in Eigenorganisation leisten können, was ein hervorragend ausgebildeter und qualifizierter, über Jahrhunderte gewachsener Berufszweig bisher hier erbringt. Welche Folgen hätte es, sie zu »skippen«? Wäre die Qualität dann noch dieselbe? Bedeutet *Open Access* wirklich Freiheit, wären wir nicht vielmehr anderen (faktischen, wirtschaftlichen) Zwängen ausgesetzt?

Ein angemessener Interessenausgleich kann meines Erachtens nur im Urheberrechtsgesetz herbeigeführt werden. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, eine Änderung der derzeitigen Ausrichtung extensiven Schutzes der Verwertungsinteressen auf Kosten von Nutzerinteressen herbeizuführen. Creative Commons ist nur eine Notlösung. Die Freiheit des für Wissenschaft und Forschung wichtigen öffentlichen Gutes »Information« sollte Grundsatz sein und nicht die von Creative Commons geschaffene Ausnahme.

In Deutschland kämpft für dieses Ziel das Aktionsbündnis Urheberrecht (www.urheberrechtsbuendnis.de). Die Hoffnung auf ein ausgeglichenes Urheberrecht hat sich hierzulande allerdings zunächst fast erledigt: Ende 2006 »verfällt« etwa der so genannte »Wissenschaftsparagraph« §52 a UrhG. Er soll sicherstellen, dass Lehrer im Unterricht oder Wissenschaftler für die eigene Forschung kleine Auszüge aus Werken oder einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften über moderne Formen der Informationsverarbeitung nutzen dürfen. Angesichts dieser Tatsachen können wir in Deutschland von Glück sagen, dass es Initiativen wie Creative Commons gibt, die es uns ermöglichen, das Recht selbst in die Hand zu nehmen und so zu mehr Offenheit und Innovation beizutragen.

Literatur

- Heller (1998): The Tragedy of the Anticommons, in: Harvard Law Review 111, S. 621 (624).
- Lessig, Lawrence (1999): Code and other Laws of Cyberspace, New York, erschienen auf Deutsch im Berlin Verlag 2001.
- Peukert, Alexander (2004): Der Schutzbereich des Urheberrechts und das Werk als öffentliches Gut, in: Interessenausgleich im Urheberrecht, Baden-Baden.